

ATOMWAFFEN IM NAHEN OSTEN: KEINE LÖSUNG IN SICHT

Derzeit wird die Schaffung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten diskutiert. Kurzfristige und strukturelle Rahmenbedingungen lassen eine baldige Realisierung jedoch unwahrscheinlich erscheinen. Eine Lösung im Atomstreit mit Iran ist nicht in Sicht. Für Israel scheint eine nukleare Abrüstung weder notwendig noch erstrebenswert. Und die politischen Umwälzungen behindern Abrüstungsschritte eher, als dass sie sie fördern. Es dürfte schon schwierig sein, in der Region den nuklearen Status quo aufrechtzuerhalten.



Vor einer schwierigen Aufgabe: Der Finne Jaakko Laajava (hier mit Ban Ki Moon) soll die für 2012 geplante Nahost-Konferenz moderieren. New York, 27. Oktober 2011. UN Photo/Eskinder Debebe.

Die Aussicht auf die Durchführung einer Konferenz über die Etablierung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten im Jahr 2012 hat der Hoffnung Auftrieb gegeben, dass nukleare Abrüstung in dieser Region eine mittelfristig realistische Option darstellen könnte. In diesem Zusammenhang forderten Experten, die günstige Gelegenheit nicht zu verpassen, die die gegenwärtigen Veränderungen im regionalen strategischen Gefüge böten. Eine realistische Einschätzung führt jedoch zum Schluss, dass Optimismus fehlt am Platz ist. Nur schon eine Konferenz durchzuführen, die keinen langfristigen Schaden anrichtet, erfordert viel Arbeit und Geschick. Weitergehende Schritte scheinen aussichtslos. Das iranische Atomprogramm, die nuklearen Optionen Israels und das labile regionale Sicherheitsgefüge bilden beinahe unüberwindbare Hürden.

Ausgangslage

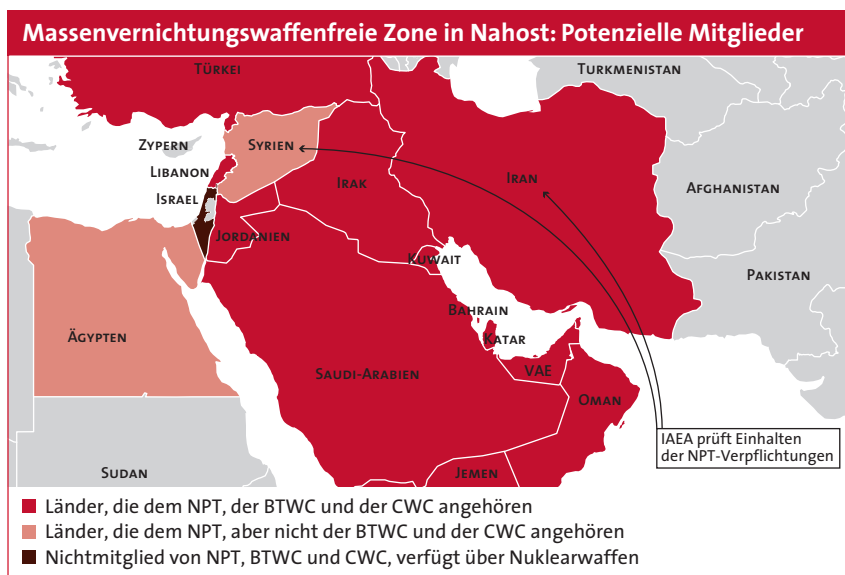
Das Konzept der nuklearwaffenfreien Zone (NWFZ) geht auf einen – letztlich geschei-

terten – polnischen Plan für Mitteleuropa aus den 1950er Jahren zurück. Inzwischen wurden für fünf regionale Zonen solche Verträge ausgehandelt (s. Kasten). In Bezug auf den Nahen Osten wurde die Forderung nach einer NWFZ laut, nachdem Israel in den 1960er Jahren Atomwaffen erworben hatte. Unter der Führung von Ägypten und Iran versuchten verschiedene Staaten der Region, mit dieser Forderung Druck auf Israel auszuüben und ihren diplomatischen Einfluss zu steigern. Israel akzeptierte schliesslich grundsätzlich das Konzept einer solchen Zone, um den Druck zu verringern. Die israelische Regierung formulierte aber gleichzeitig eine Reihe von strikten Voraussetzungen für den Beginn von Verhandlungen über dieses Thema. Obwohl die Idee einer NWFZ im Nahen Osten damit seit 1980 in der Region formell unterstützt wird, hat es inhaltlich kaum Fortschritte gegeben. Zudem wurde das Konzept der Zone mit Blick auf die Bemühungen um den Erwerb von Massenvernichtungswaffen in der Region in den

1990er Jahren erweitert und auf chemische und biologische Waffen ausgedehnt.

1995 erreichte der Nichtverbreitungsvertrag (*Non-Proliferation Treaty, NPT*), der den Erwerb von Nuklearwaffen verbietet, das Ende seiner 25-jährigen Laufzeit. Die arabischen Staaten konnten an der Überprüfungskonferenz von 1995 als Gegenleistung für die Unterstützung einer unbefristeten Verlängerung des NPT die Aufnahme einer Resolution in die Schlusserklärung aushandeln. Darin wurden alle Staaten in der Region dazu aufgefordert, auf eine «massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten» (*Middle East Weapons of Mass Destruction Free Zone, MEWMDFZ*) hinzuwirken. Inhaltlich blieb diese Resolution in den folgenden 15 Jahren zwar nahezu folgenlos, sie stärkte jedoch die Verhandlungsposition der arabischen Staaten und v.a. Ägyptens im diplomatischen Kontext des NPT.

Die Folgen zeigten sich an der NPT-Überprüfungskonferenz von 2010. Nachdem bereits das Treffen von 2005 gescheitert war und US-Präsident Obama an einem positiven Ausgang der Konferenz interessiert war, befand sich Ägypten in einer guten Ausgangslage, um erneute Zugeständnisse in Bezug auf den Nahen Osten zu erreichen. So einigten sich die NPT-Mitgliedstaaten im verabschiedeten Aktionsplan darauf, die UNO, Russland, Grossbritannien und die USA mit der Einberufung einer Konferenz im Jahr 2012 «über die Einrichtung einer Zone ohne Nuklearwaffen und alle anderen Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten» zu beauftragen. Dem umfassenden Anspruch was trotz steht die nukleare Frage weiterhin im Zentrum jeglicher Verhandlungen über eine solche Zone.



NWFZ werden als nützliche Instrumente und als Ergänzung zu anderen multilateralen Abkommen angesehen. Sie untersagen die Beschaffung und die Lagerung von Nuklearwaffen. Zudem dienen NWFZ als Grundlage, um die Forschung über Nuklearwaffen und das Durchführen von Atomtests zu verbieten, solche Waffen vom Staatsgebiet fernzuhalten und transparentere und griffigere Verifikationsmechanismen einzuführen. Die Etablierung einer NWFZ dient zudem als Basis, von den anerkannten Nuklearwaffenstaaten die rechtliche Zusicherung zu verlangen, dass solche Waffen nicht gegen Mitglieder der Zone eingesetzt werden und nicht mit einem solchen Einsatz gedroht wird. Auch ein brauchbarer Vorschlag für die Etablierung einer MEWMDFZ müsste über die existierenden Bestimmungen hinausgehen, die nukleare, biologische und chemische Waffen verbieten (NPT, Biologie- und Toxinwaffenkonvention (BTWC), Chemiewaffenkonvention (CWC)).

Die Vorbereitungen für eine Konferenz über eine MEWMDFZ im Jahr 2012 kamen lange Zeit nur schleppend voran. Nach zahlreichen Gesprächen und dem Verzicht der arabischen Staaten, im Rahmen der alljährlichen Generalversammlung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) weiteren Druck auf Israel auszuüben, konnten schliesslich im Oktober 2011 Fortschritte erzielt werden. Finnland wurde zum Gastgeberland ernannt und der finnische Unterstaatssekretär Jaakko Laajava als Fazilitator bestimmt. Dieser ist zurzeit daran, im Rahmen von Konsultationen Fragen wie den Zeitplan, den Teilnehmerkreis und die thematischen Schwerpunkten zu klären und Sondierungen über mögliche inhaltliche Ergebnisse durchzuführen.

Kurzfristige Fragen

Realistischerweise sind vertiefte Diskussionen über eine mögliche MEWMDFZ im Vorfeld des geplanten Treffens von 2012 verfrüht. Zahlreiche ungelöste Konflikte, die Existenz aller Arten von Massenvernichtungswaffen in der Region und gravierende Vorbehalte bezüglich der Einhaltung des Nonproliferationsverbots stellen grosse Herausforderungen für die Durchführung von produktiven Gesprächen dar. Zudem hat der Arabische Frühling zu zahlreichen Umwälzungen geführt und das regionale Machtgefüge ins Wanken gebracht. Im resultierenden Klima der Unsicherheit dürften die meisten Akteure nicht willens sein, Zugeständnisse mit weitreichenden strategischen Konsequenzen zu machen. Die meisten arabischen Staaten hoffen zwar, die an den vergangenen NPT-Überprüfungskonferenzen erreichten Zugeständnisse an einem Treffen formalisieren zu können. Gleichzeitig ist die nukleare Frage aber angesichts der innenpolitischen Turbulenzen vielerorts in den Hintergrund gerückt.

Israel lehnte eine Teilnahme zunächst ab, signalisierte dann jedoch Kooperationsbereitschaft, um nicht für eine Absage oder ein Scheitern des Treffens verantwortlich gemacht zu werden. Eine Teilnahme Irans erscheint angesichts der generellen Haltung Teherans gegenüber solchen Gesprächen und der aktuellen Entwicklungen im iranischen Nukleardossier fraglich. Die USA wiederum sind durch die Präsidentschaftswahlen absorbiert. Washington wünscht sich deshalb ein kurzes Treffen mit einer Teilnahme aller Staaten der Region, bei welchem über Massnahmen im Konsens entschieden wird. Angesichts dieser Ausgangslage sind die Erwartungen an eine Konferenz sehr

tief. Gleichzeitig wollen die involvierten Parteien die negativen Auswirkungen einer Absage, einer langen Verschiebung oder eines Scheiterns der geplanten Konferenz vermeiden. Ägypten hat politisch viel investiert, um den Anlass von 2012 zustande zu bringen. Kairo könnte deshalb Fortschritte im NPT blockieren, falls es beim Stillstand im Nahen Osten bleibt. Ein schlecht organisierter Anlass kurz vor der nächsten NPT-Überprüfungskonferenz im Jahr 2015 gäbe zudem Ländern wie Iran oder Syrien die Gelegenheit, von ihren eigenen Lücken bei der Erfüllung des NPT abzulenken.

Die beste Lösung scheint deshalb derzeit ein gut organisierter, inhaltlich jedoch weitgehend belangloser diplomatischer Anlass zu sein, der eine Verhärtung der Positionen vermeidet und eine langfristige Beschädigung des übergeordneten Rüstungskontrollsystems verhindert. Gewisse Experten hoffen, dass ein solches Treffen dank Dialog und Vertrauensbildung mittelfristig dennoch zu einer Lösung beitragen kann, auch wenn es zu keinen unmittelbaren Erfolgen führt. In der Tat ist ein umsichtiges diplomatisches Vorgehen sogar für minimale Fortschritte unabdingbar. Allerdings stellen im Nahen Osten strukturelle Faktoren beinahe unüberwindbare Hürden auf dem Weg in Richtung regionaler Abrüstung dar.

Das iranische Nuklearprogramm

Nachdem Iran beinahe zwei Jahrzehnte lang verdeckt nukleare Optionen verfolgt hatte, gelangten seine Bemühungen im Jahr 2003 an die Öffentlichkeit. Höchstwahrscheinlich haben iranische Ingenieure für Atomwaffen relevante Technologien erforscht, doch reichen die bisherigen Beweise nicht aus um nachzuweisen, dass Teheran beschlossen hat, ein nukleares Arsenal aufzubauen. Doch offensichtlich ist, dass Iran sich trotz des westlichen Drucks, europäischen Mediationsbemühungen und Nachforschungen der IAEA kontinuierlich um die Beschaffung kritischer Technologien bemüht. Gleichzeitig produziert er grössere Mengen spaltbaren Materials und verstärkt den Schutz seiner Einrichtungen vor möglichen Militärschlägen. Zu Beginn der Präsidentschaft Obamas waren die Hoffnungen auf eine Annäherung zwischen Washington und Teheran gross. Derzeit ist eine Einigung jedoch nicht in Sicht und ohne eine Lösung des iranischen Nukleardossiers bleibt die Diskussion über die Schaffung einer NWFZ im Nahen Osten rein hypothetisch.

Die US-Interventionen in Afghanistan und Irak haben ein regionales Machtvakuum

geschaffen, das Washington weder mit unabhängigen Strukturen noch mit einer starken eigenen Präsenz vor Ort füllen konnte. Iran als das flächenmässig grösste, bevölkerungsreichste und wirtschafts-stärkste Land am Persischen Golf sieht deshalb keinen Grund, dem Druck der USA nachzugeben. Vielmehr scheint Teheran entschlossen, sich alle nuklearen Optionen offenzuhalten, um so die eigene Verhandlungsposition gegenüber Washington zu stärken. Sollte Washington Irans regionale Ambitionen ablehnen, so hat ein eigenes nukleares Arsenal durchaus das Potenzial, Washingtons Möglichkeiten zur Machtprojektion einzuschränken.

Gleichzeitig sind die USA als derzeit immer noch dominanter strategischer Akteur im Nahen Osten nicht bereit, einem feindseligen Regime in Teheran entgegenzukommen. Washington setzt vielmehr auf verstärkten Druck durch unilaterale und multilaterale Sanktionen. Dieses Vorgehen kann zwar die Ausdehnung der iranischen Macht behindern, trägt jedoch wenig dazu bei, die Führung in Teheran von einer Aufgabe seines Nuklearprogramms zu überzeugen. Ebenso können geheime Operationen der USA und Israels zwar den Erwerb nuklearer Technologie durch Iran verzögern, solche Aktionen liefern den Hardlinern in Teheran jedoch gleichzeitig überzeugende Argumente für eine Fortsetzung des Programms. In der Machtprobe mit Iran verfolgt Washington letztlich die Strategie, den Anschein eines diplomatischen Prozesses aufrechtzuerhalten, während man in Wirklichkeit in der Hoffnung auf einen Regimewechsel in Teheran auf Zeit spielt. Die iranische Nuklearfrage dürfte daher bis auf Weiteres ungelöst bleiben.

Israels nukleare Optionen

Israel ist derzeit der einzige Staat im Nahen Osten, der nicht dem NPT angehört und somit nicht offiziell auf das Recht zum Erwerb von Nuklearwaffen verzichtet hat. Allgemein wird davon ausgegangen, dass Israel über ein fortgeschrittenes nukleares Arsenal und höchstwahrscheinlich auch über nuklearaugliche Raketen, Kampfflugzeuge und U-Boote verfügt. Im Hinblick auf die Verhandlungen über eine NWFZ lautet die offizielle israelische Position, dass Verhandlungen erst beginnen können, wenn alle anderen Staaten in der Region jegliche Ambitionen auf Massenvernichtungswaffen aufgegeben haben und ein umfassendes Friedensabkommen abgeschlossen worden ist, das Israels Existenzrecht anerkennt und seine Sicherheit garantiert.

Ein atomwaffenfreies Israel ist Voraussetzung für jeden realistischen Entwurf einer NWFZ im Nahen Osten. Ein Verzicht Israels auf sein nukleares Arsenal gilt jedoch als höchst unwahrscheinlich. Aus mehreren Gründen scheint dies für Israel weder notwendig noch wünschenswert. Erstens ist es unwahrscheinlich, dass die israelische Bedingung eines regionalen Verzichts auf Massenvernichtungswaffen erfüllt wird, wenn man das iranische Atomprogramm und die Weiterverbreitung kritischer nuklearer, chemischer und biologischer Technologien in der Region betrachtet. Die israelische Führung hat überdies klargemacht, dass sie hinsichtlich dieser Bedingung keine Kompromisse eingehen wird. Zweitens lassen die anhaltenden israelischen Siedlungsaktivitäten, die beharrliche de-facto-Unterstützung der USA für die Handlungen Israels und die Schwäche der palästinensischen Position jegliche Aussicht auf eine baldige Lösung des arabisch-israelischen Konflikts unrealistisch erscheinen. Aber selbst angenommen, eine Verhandlungslösung würde in greifbare Nähe rücken, so ist Israels nukleare Abrüstung drittens keine Vorbedingung für einen solchen Friedensschluss. Ein Abkommen könnte wohl bereits auf der Basis einer akzeptablen Lösung der strittigen Punkte in Zusammenhang mit einer Zwei-Staaten-Lösung und aufgrund einer bilateralen Übereinkunft mit Syrien geschlossen werden. Und viertens hätte Israel angesichts einer unvorhersehbaren Zukunft wohl auch in einer befriedeten Region noch Anreize, seine Nuklearwaffen zu behalten. Für eine solche Sichtweise sprechen sowohl Israels Ausweitung seiner nuklearen Kapazitäten über eine Option der Ultima Ratio hinaus als auch seine strategische Kultur.

Ungewisse Demokratie und Stabilität

Der Arabische Frühling hat den Nahen Osten aufgerüttelt. Dies hat der Hoffnung Auftrieb gegeben, es könnten sich auch in der Nuklearfrage Lösungsansätze zeigen. Optimistische Prognosen sagen voraus, dass die Unruhen zu mehr Demokratie und Wohlstand führen werden, dass dies wiederum mehr Stabilität und Frieden generiert und sich die Voraussetzungen für eine mittelfristige Einrichtung einer MEWMDFZ damit verbessern. Doch die momentanen Transformationsprozesse müssen nicht notwendigerweise zu den erhofften Ergebnissen führen. Die wahrscheinlichsten Entwicklungen in der Region in den kommenden Jahren lassen nichts Gutes für die Zukunft der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen erwarten.

Verträge existierender NWFZ

- Vertrag von Tlatelolco (Lateinamerika) 
- Vertrag von Rarotonga (Südpazifik) 
- Vertrag von Bangkok (Südostasien) 
- Vertrag von Pelindaba (Afrika) 
- Vertrag von Semipalatinsk (Zentralasien) 

In den vergangenen Monaten wurde eine Reihe von Diktatoren in arabischen Staaten gestürzt. Daraus kann jedoch nicht zwingend die Entstehung einer demokratischen Friedenszone nach westlichem Vorbild abgeleitet werden. Gewisse Staaten zeigen positive Indikatoren für einen Übergang hin zu demokratischeren und repräsentativeren Systemen. Andere werden jedoch möglicherweise halb-demokratische Strukturen entwickeln oder zu autoritären Regierungsformen zurückkehren. Gewisse autoritäre Regime konnten ihre Stellung sogar konsolidieren. Einige von ihnen stehen zwar innen- und aussenpolitisch unter Druck, aber ob es zu einem Machtwechsel kommt, ist unklar. In jedem Fall werden die neuen Führungen Zeit brauchen, um sich zu stabilisieren; deswegen werden wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand wohl nicht kurzfristig zu erreichen sein.

Ein demokratischerer und wirtschaftlich prosperierender Naher Osten wäre auch nicht notwendigerweise stabiler und friedlicher. Demokratische arabische Regierungen werden aussenpolitisch verstärkt den Mehrheitswillen berücksichtigen müssen. Sie werden deshalb möglicherweise weniger Wert auf gute Beziehungen zu Israel legen und sich schwerer mit einer öffentlichen Akzeptanz der US-Dominanz in der Region tun. Einige Staaten könnten auch versuchen, ihre Positionen den neuen regionalen Machtverhältnissen anzupassen. Ägypten könnte eine Rückkehr zu alter Stärke als Vormacht im Herzen der Region anstreben. Eine erstarkte Türkei könnte mit Iran und Ägypten konkurrieren, Druck auf Israel ausüben und ihre Beziehungen zu den USA und Europa überdenken. Die Verbreitung der Demokratie in der Region könnte zudem erheblichen Druck auf autoritär regierende Verbündete der USA wie Saudi-Arabien ausüben. Neue demokratische Staaten sind zudem häufig innenpolitisch labil. Insgesamt wird der Nahe Osten in näherer Zukunft wohl eher instabiler als stabiler werden. Der Anreiz, nukleare Waffen zu behalten oder zu beschaffen, dürfte deshalb auch eher zu- als abnehmen, auch wenn keine breite, unkontrollierte Proliferation zu erwarten ist. Doch ernsthafte Aussichten zur generellen Abschaffung von Massenvernichtungswaffen

im Nahen Osten werden in näherer Zukunft wohl eher noch unwahrscheinlicher als bereits in der Vergangenheit.

Schlussfolgerungen

Sollte es gelingen, wie UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon angekündigt hat 2012 oder zur Not auch noch Anfang 2013 alle regionalen Akteure zu einem Nahost-Treffen ohne schwerwiegende negative Folgen an einen Tisch zu bringen, wäre dies bereits ein Erfolg für die internationale NPT-Diplomatie. Eine solche Konferenz würde sich wahrscheinlich schwer damit tun, mehr zu erreichen als nur den kleinsten gemeinsamen Nenner. Eine zurückhaltende Teilnahme Israels würde jedoch zumindest dafür sorgen, dass Staaten wie Iran und Syrien keinen Vorwand zur Ablenkung von Versäumnissen hinsichtlich der eigenen NPT-Verpflichtungen erhalten würden. Ägypten könnte einen begrenzten Erfolg vermelden und darauf verzichten, den diplomatischen Prozess im Rahmen des NPT zum Stillstand zu bringen.

Die NPT-Überprüfungskonferenz von 2015 wird auch im Fall einer vorgängigen Durchführung eines NWFZ-Treffens erhebliche Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Doch wenn es gelingen würde, die Bedenken im Nahen Osten zu mildern, und wenn sich die USA zu begrenzten Zugeständnissen wie der Abgabe von Sicherheitsgarantien für andere NWFZ-Zonen oder der Ratifikation des Vertrags über ein umfassendes Atomtestverbot durchbringen könnte, bestünde immerhin die Möglichkeit, auch 2015 eine Minimallösung zu erreichen.

Was die Vision einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten betrifft, so muss man feststellen, dass es ohne dramatische politische Richtungswechsel in der US-Nahostdiplomatie und in den Hauptstädten der Region äusserst unwahrscheinlich ist, dass das Treffen von 2012 oder ähnliche spätere Bemühungen die Realisierung einer NWFZ voranbringen können. Für diejenigen Staaten, die an der Nichtweiterverbreitung interessiert sind, wird es sicherlich schwierig genug werden, auch nur den nuklearen Status quo in dieser instabilen Region aufrechtzuerhalten.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Livi Horovitz
horovitz@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten
- Nr. 49: Der Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg
- Nr. 48: Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 47: Pakistan: Sicherheitspartner, Atommacht, Krisenherd